

# Vor der Machtprobe

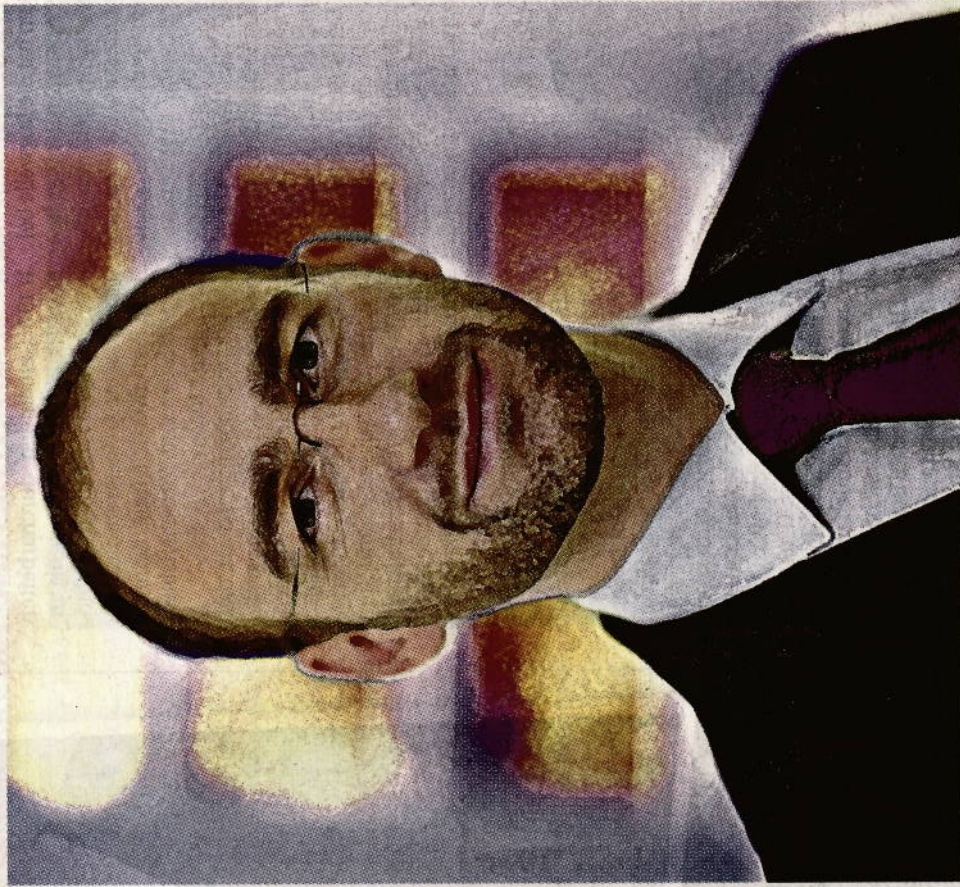
**Michael Kaeding** rechnet mit einem harten Kampf um die Position des EU-Kommissionspräsidenten.

**V**ieles bei dieser Europawahl war neu. In Deutschland hob das Bundesverfassungsgericht die Sperrklausel auf, was die Anzahl deutscher Parteien im Europaparlament von sechs auf in Zukunft 14 mehr als verdoppelt hat, und laut Lissabon-Vertrag müssen die Staats- und Regierungschefs neuerdings das Wahlergebnis bei ihrem Vorschlag für das Amt des Kommissionspräsidenten berücksichtigen. Entsprechend erdennnten die wichtigsten europäischen Parteifamilien mit Jean-Claude Juncker und Martin Schulz zum ersten Mal Spitzenkandidaten mit dem Anspruch auf genau dieses Amt.

Eine derartige Personalisierung war sicherlich überragend. Jetzt, nach der Wahl, geht es jedoch um mehr als „nur“ den Namen des neuen Kommissionspräsidenten: Seit ein paar Monaten bringen sich die Vertreter zweier Lager für einen möglicherweise erbitterten Machtkampf in Stellung.

Auf der einen Seite beanspruchen die Befürworter eines starken Europas den Posten des Kommissionspräsidenten für den Spitzenkandidaten, der den Wahlsieg erringt. Andererseits spielen Angela Merkel und andere Vertreter eines Europas der nationalen Regierungen die Bedeutung der Spitzenkandidaten für die Besetzung des Postens herunter, einen „Automatismus“ gäbe es nicht.

Neu ist diese Dialektik zwischen Supranationalismus und Intergouvernementalismus nicht: Seit den Anfängen der Montanunion schwang das Pendel zwischen einer schrittweisen Föderation mit starken zentralen Organen und einem „Europa der Vaterländer“, bei dem die Regierungen fest das Heft in der Hand behalten, hin und her. Auch die Maßnahmen, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossen wurden, spiegeln die beiden gegensätzlichen Ansätze: Sie führten zu einer Stär-



PR (M)

Volkspartei (EVP) bringen es zusammen auf 151 Stimmen, die elf Sozialdemokraten (SPE) auf 137, der Rest verteilt sich auf andere Parteien. Neun jener 22 Regierungschefs stehen zudem mit dem jeweils anderen Partner in einer Großen Koalition.

Doch außer der Parteizugehörigkeit wird es auch auf andere Kriterien wie Geschlecht und Staatsangehörigkeit ankommen, wenn das Personalpaket für eine Reihe von EU-Spitzenposten geschnürt wird.

Das Parlament, das dem Vorschlag mit absoluter Mehrheit zustimmen muss, wird in diesem Machtkampf vor allem politischen Willen und Zeit benötigen. Erst einmal gilt es, die Wahlverlierer zu überzeugen, den Spitzenkandidaten der numerisch stärksten Fraktion zu unterstützen.

Wie sich die Fraktionen zusammensetzen, wird sich allerdings erst in den kommenden Wochen entscheiden. Hier könnte es noch zu größeren Veränderungen kommen, wenn Orbáns Fidesz-Partei oder aber Berlusconi Forza Italia die EVP verließen und diese zur zweitstärksten Kraft herabsänke. Dann stünde auf einmal die Frage im Raum, ob der neue EVP-Fraktionschef Manfred Weber (CSU) den SPE-Kandidaten Schulz unterstützen würde.

Eine Machtprobe steht also bevor. Nachdem sowohl die EVP als auch die SPE die Europawahl nicht gewonnen haben, sind im Moment keine Mehrheiten in Sicht. 2009 dauerte es 247 Tage nach der Wahl, bis das Parlament die Kommission ins Amt wählte. Man darf gespannt sein, wie viel Zeit diesmal notwendig sein wird.

Sollte sich das föderalistische Lager durchsetzen, wird die Ernennung der Spitzenkandidaten durch die Parteifamilien bei der nächsten Wahl 2019 sicherlich ernster betrieben.

Das Parlament bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten ihr Veto einlegen. Beide Institutionen werden folglich hoch pokern.

Der Europäische Rat hat das alleinige Vorschlagsrecht, dafür benötigt er eine qualifizierte Mehrheit von 260 der insgesamt 352 Stimmen. Schaut man sich seine aktuelle Zusammensetzung an, gibt es keine klaren parteipolitischen Mehrheiten. Die elf Regierungschefs der Europäischen

kung sowohl von intergouvernementalen Mechanismen (Machtzuwachs des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs, Euro-Rettungsmaßnahmen außerhalb der EU-Verträge) als auch von supranationalen Elementen (Interventionen der EZB, Aufbau der Bankenunion).

Bei der Ernennung des künftigen Kommissionspräsidenten treffen die Lager jetzt wieder frontal aufeinander. Formal können sowohl der Europäische Rat als auch

**Der Autor ist Professor für Europäische Integration und Europapolitik an der Universität Duisburg-Essen. gastautor@handelsblatt.com**